

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 4. Dezember 1985

am Freitag, dem 6. Dezember 1985

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter (SPD)	80, 81	Dr. Kübler (SPD)	62, 84
Austermann (CDU/CSU)	33	Kuhlwein (SPD)	1, 2
Baum (FDP)	30, 31	Dr. Lammert (CDU/CSU)	37, 38
Bernrath (SPD)	6, 7	Liedtke (SPD)	10, 11
Frau Blunck (SPD)	68, 69	Löffler (SPD)	92
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	96	Lowack (CDU/CSU)	102, 103
Frau Dann (DIE GRÜNEN)	4, 5	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	70, 71
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	49	Frau Matthäus-Maier (SPD)	63, 64
Eigen (CDU/CSU)	51, 52	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	74, 75
Dr. Emmerlich (SPD)	32	Frau Odendahl (SPD)	67, 100
Eylmann (CDU/CSU)	59, 60	Paterna (SPD)	8, 9
Fischer (Homburg) (SPD)	105, 106	Pauli (SPD)	87, 107
Frau Fuchs (Verl) (SPD)	72, 73	Pfuhl (SPD)	36, 104
Funk (Gutenzell) (CDU/CSU)	50	Dr. Rose (CDU/CSU)	47, 48
Grünbeck (FDP)	93	Dr. Rumpf (FDP)	12, 13
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	25, 26	Rusche (DIE GRÜNEN)	19, 91
Hettling (SPD)	18, 101	Dr. Schierholz (DIE GRÜNEN)	82, 83
Hinsken (CDU/CSU)	45, 46	Schily (DIE GRÜNEN)	41, 42
Horn (SPD)	22, 28	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	76, 98
Immer (Altenkirchen) (SPD)	88, 89	Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	78, 79
Kirschner (SPD)	57, 58	Schreiner (SPD)	27
Dr. Klejdzinski (SPD)	85, 86	Dr. Schroeder (Freiburg) (CDU/CSU)	20, 21

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Sperling (SPD)	16, 17	Frau Dr. Timm (SPD)	66, 97
Dr. Freiherr von Spies (CDU/CSU)	53, 54	Vogel (München) (DIE GRÜNEN)	39, 40
Stahl (Kempfen) (SPD)	29, 77	Vogelsang (SPD)	55, 56
Frau Steinhauer (SPD)	94, 95	Volmer (DIE GRÜNEN)	43, 44
Stiegler (SPD)	3, 61	Weiß (CDU/CSU)	34, 35
Ströbele (DIE GRÜNEN)	23, 24	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	90
Tatge (DIE GRÜNEN)	14, 15	Frau Weyel (SPD)	65, 99

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	6
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	18

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

1. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)

Welche Initiativen hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. November 1985 eingeleitet, um die Empfehlung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung zum Thema Lehrereinstellung/Lehrerarbeitslosigkeit vom September dieses Jahres umzusetzen?
2. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die den Bundesgesetzgeber betreffenden Vorschläge der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung zum Thema Lehrereinstellung/Lehrerarbeitslosigkeit vom September dieses Jahres unverzüglich zu prüfen und dem Deutschen Bundestag entsprechende Vorschläge zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

3. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Wie hat sich die Zahl der Insolvenzen seit 1982 entwickelt, und wird die Bundesregierung mit Rücksicht darauf den Teil „Reorganisationsverfahren“ der geplanten Insolvenzrechtsreform vorziehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post-
und Fernmeldewesen**

4. Abgeordnete
Frau Dann
(DIE GRÜNEN)

Verstoßen nach Auffassung der Bundesregierung Postwurfsendungen ausländerfeindlichen bzw. rassistischen Inhalts gegen „das öffentliche Wohl oder die Sittlichkeit“, wie es in § 13 Abs. 1 Ziffer 2 der Postordnung heißt, und wenn nein, warum nicht?
5. Abgeordnete
Frau Dann
(DIE GRÜNEN)

Hat nach Auffassung der Bundesregierung ein/e Briefzusteller/in das Recht, die Verteilung einer Postwurfsendung ausländerfeindlichen Inhalts (ohne negative Folgen für sein Arbeitsverhältnis) zu verweigern, wenn er/sie die Verteilung nicht mit seinem/ihrem Gewissen vereinbaren kann, und wenn nein, warum nicht?
6. Abgeordneter
Bernrath
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Einlassung des Sachverständigenrates in seinem jüngsten Jahresgutachten, die Deutsche Bundespost stoße angesichts der Weiterentwicklung der Übermittlungstechnik „an die Grenzen ihrer

Möglichkeiten, so daß eine weitergehende Marktöffnung unausweichlich ist", und es sei deshalb die „Zulassung von Parallelnetzen zu erleichtern“?

7. Abgeordneter
Bernrath
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Empfehlung, die „Bundespost als Unternehmen vom Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen“ zu trennen, das „Zentralamt für Zulassungen im Fernmeldewesen und das Fernmelde-technische Zentralamt“ zu verselbständigen und bei der Zulassung weiterer Netzgesellschaften „den Fernmeldebereich der Deutschen Bundespost von der gelben Post zu trennen“?

8. Abgeordneter
Paterna
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik des Sachverständigenrates in seinem jüngsten Jahresgutachten an der Deutschen Bundespost (vgl. Teilziffern 337 ff.), die etwa in den Feststellungen gipfelt, sie sei „immer weniger in der Lage, die Vielfalt der technischen Möglichkeiten in ein marktgängiges Angebot umzusetzen“, sie schreite „am Markt nur langsam voran“, sie „verlangsamt nicht nur die Entwicklung und Verbreitung neuer Dienste, sondern unterdrückt beim Netz und bei den Endgeräten Entwicklung und Erprobung von Alternativen am Markt“?

9. Abgeordneter
Paterna
(SPD)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die vom Sachverständigenrat zitierten Erfahrungen über durchgreifende Neuregulierungen in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten von Amerika vor, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Erfahrungen?

10. Abgeordneter
Liedtke
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung des Sachverständigenrates in seinem jüngsten Jahresgutachten: „Eine Internationalisierung der Herstellerangebote ist auch deswegen erforderlich, weil sie hilft, über eine damit dringlicher werdende Vereinheitlichung der Normen ein europa- und weltweit benutzbares Netz der Telekommunikation zu schaffen“?

11. Abgeordneter
Liedtke
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Sachverständigenrates, die Entfernungsstaffel der Fernmeldegebühren sei „zur Zeit nicht kostengerecht“, und welche Konsequenzen aus dieser Feststellung sind gegebenenfalls beabsichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

12. Abgeordneter
Dr. Rumpf
(FDP)

Ist die Bundesrepublik Deutschland bei Bauvorhaben amerikanischer Siedlungen (housings) in verschiedenen Städten des Hunsrücks (Simmern, Kirchberg, Kastellaun) an der Finanzierung beteiligt?

- | | |
|--|--|
| 13. Abgeordneter
Dr. Rumpf
(FDP) | Inwieweit haben deutsche Stellen Einfluß auf Planung, Bauweise, Erschließung etc.? |
| 14. Abgeordneter
Tatge
(DIE GRÜNEN) | Inwieweit ist die Bundesregierung über direkte Kostenübernahme bzw. Investitionszuschüsse an der Schaffung eines Zentrums für bildende Kunst in der ehemaligen Blumenhalle in der Stadt Bonn beteiligt? |
| 15. Abgeordneter
Tatge
(DIE GRÜNEN) | Wie erklärt sich die Bundesregierung den Widerspruch, daß zur Planungsvorlage des Zentrums für bildende Kunst in der ehemaligen Blumenhalle folgende Künstler beteiligt waren: Künstlergruppe Bonn e. V., Gedok e. V., Konkret 77/elf, Zet e. V., Klärwerk III, art 7 e. V., jedoch bei der Fertigstellung dieses Projektes alle oben angeführten Gruppen einschließlich des Bundesverbandes bildender Künstler, Bezirk Bonn, beteiligt sind, die Gruppe Klärwerk III aber keine Räume angeboten bekommen hat? |
| 16. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) | Ist die Ankündigung von Bundesminister Dr. Schneider (ap vom 5. November 1985) zutreffend, die Bundesregierung werde nochmals zusätzliche Mittel für die Städtebauförderung zur Verfügung stellen? |
| 17. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) | Wann und mit welchem Umfang soll diese Erhöhung erfolgen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

- | | |
|---|--|
| 18. Abgeordneter
Hettling
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Finanzierung der Hermes-Raumfähre zu 90 v. H., gemäß des Artikels der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 16. Oktober 1985, gesichert sein soll, wenn ja, in welchem Umfang beabsichtigt die Bundesregierung, sich am Hermes-Projekt mit technologisch-hochwertigen Aufgaben zu beteiligen? |
| 19. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN) | Trifft es zu, daß das bisherige Forschungsschiff Meteor stillgelegt bzw. verkauft wird und daß das Deutsche Hydrographische Institut (DHI) nicht mehr der Reeder des ab nächsten Jahres unter diesem Namen fahrenden neuen Schiffes sein wird? |
| 20. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU) | In welcher Höhe wurde der Forschungsverbund „Empirische Verbraucherforschung“ aus dem Bundeshaushalt gefördert? |

21. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die praktische Verwertbarkeit der Forschungsergebnisse?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

22. Abgeordneter
Horn
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung mehrfach davon in Kenntnis gesetzt wurde, daß der Humboldt-Stipendiat Prof. Dr. med. Metin Özek in der Türkei zu acht Jahren Haft verurteilt worden ist, weil er sich in einer Friedensgruppe für Abrüstung ausgesprochen hatte?
23. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Treffen Hinweise zu, daß die Bundesregierung sich an Absprachen mit anderen westeuropäischen Regierungen, insbesondere den Regierungen der Schweiz, Großbritanniens, Frankreichs, der Niederlande und Kanadas mit der Regierung von Sri Lanka beteiligt hat, die zum Ziel haben, Asylsuchende aus Sri Lanka dorthin zurückzubringen und sie dort in Lagern, sogenannten reception camps, unterzubringen?
24. Abgeordneter
Ströbele
(DIE GRÜNEN)
- Treffen Hinweise zu, daß die Absprachen sich auch auf die Finanzierung und Einrichtung der Lager, der sogenannten reception camps, beziehen, daß es unklar geblieben sein soll, ob die Flüchtlinge gezwungen werden sollen, nach Sri Lanka zurückzukehren, daß schließlich Überlegungen darüber angestellt wurden, wie diese Lager vor Übergriffen seitens der Singhalesen und der Armee Sri Lankas geschützt werden können, und schließlich wie die Regierung von Sri Lanka dabei unterstützt werden kann, die Minderheit der Tamilen über ganz Sri Lanka verteilt anzusiedeln?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

25. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die finanzielle Situation des Deutschen Literatur-Archivs in Marbach angesichts der gewachsenen Aufgaben und Dienstleistungen?
26. Abgeordnete
Frau
Dr. Hamm-Brücher
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die in der jüngsten Denkschrift des Archivs niedergelegten Besorgnisse über die offenkundigen Engpässe (Unterbringung, Personalstellen, Buchbeschaffungen etc.), die zu einer starken Beeinträchtigung seiner Tätigkeit führen?
27. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern, Spranger, in dessen Antwort auf eine schriftliche Anfrage des Abgeordneten Brück (siehe Drucksache 10/4115), wonach das „Dogma der Kohlevorrangpolitik“ mehr als bisher zu hinterfragen sei?

28. Abgeordneter
Horn
(SPD)
- Trifft ein Bericht der Frankfurter Allgemeine Zeitung zu, der Bundesregierung lägen Erkenntnisse vor, die Internationale Ärztevereinigung zur Verhinderung eines Atomkrieges werde von Moskau aus gesteuert?
29. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Wie hoch ist das Zuschußvolumen für Investitionen für Lärmschutzmaßnahmen der öffentlichen Hand nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm vom 30. März 1971 in der Lärmschutzzone I an Zivil- und Militärflughäfen, ist eine Erweiterung dieser Maßnahme nicht für den Bereich der Lärmschutzzone II ebenfalls sinnvoll, damit den berechtigten Klagen der Bürger wenigstens ein wenig Rechnung getragen werden kann?
30. Abgeordneter
Baum
(FDP)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung treffen, um die finanziellen Engpässe des Literaturarchivs zu überwinden und den weiteren Ausbau des Literaturarchivs zu sichern?
31. Abgeordneter
Baum
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung der Deutschen Schillergesellschaft, daß die Fortschreibung der gegenwärtigen Finanzierung – vor allem wegen der Besonderheit der aktuellen Sammelgebiete – in wichtigen Teilbereichen mittelfristig zur Funktionsunfähigkeit führen würde?
32. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Trifft es zu, daß Bedienstete des Bundeskriminalamtes im April 1983 oder zu anderer Zeit 18 Kilogramm Heroin aus Pakistan in die Bundesrepublik Deutschland transportiert und anschließend davon 5 Kilogramm weiter nach Belgien transportiert haben, und wie waren die näheren Begleitumstände der Beteiligung der Bediensteten des Bundeskriminalamtes an dem Rauschgifttransport (vgl. Bericht der Frankfurter Rundschau vom 18. Juli 1985, S. 13)?
33. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- In welchem Verhältnis steht der Ausstoß von Stickstoff durch das Kohlekraftwerk Ibbenbüren/Nordrhein-Westfalen zur erwarteten Reduzierung des Stickoxydausstoßes durch ein mögliches Tempolimit nach dem von der Bundesregierung veranlaßten Großversuch zum Tempo 100 auf Autobahnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

34. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Beamten auch bei gleich hohen Vorsorgeaufwendungen im Kalenderjahr 1985 bis 10,11 v. H. mehr Lohn- und Kirchensteuer einbehalten wird als nichtbeamteten Steuerbürgern?

35. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß den Beamten durch die weitere Verweigerung der Wiedereinführung des Lohnsteuerermäßigungsverfahrens für Vorsorgeaufwendungen verwehrt wird, das Einbehalten von nicht geschuldeter Lohn- und Kirchensteuer über das Kalenderjahr 1985 hinaus zu verhindern?
36. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Treffen Berichte zu, daß die „Schieflage“ der Bayerischen Raiffeisen-Zentral-Bank längere Zeit durch verschönende, wahrheitswidrige Prüfungsberichte der raiffeiseneigenen Tochtergesellschaft Treueverbund verschleiert und damit mitverschuldet wurde, und ist die Bundesregierung bereit, die Unabhängigkeit von Wirtschaftsprüfern dadurch sicherzustellen, indem Prüfungen nicht mehr durch Tochter- oder Beteiligungsunternehmen des oder der zu Prüfenden erfolgen dürfen?
37. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist das jährliche Vermögensteueraufkommen aus Kunstbesitz, und wie verhält sich demgegenüber der mutmaßliche Umsatzsteuerverlust für im Ausland versteigerte oder verkaufte Kunstwerke aus deutschen Sammlungen?
38. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Warum erkennt die Bundesregierung die nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes rückwirkend für die Jahre 1971 bis 1979 abzugsfähigen Kinderbetreuungskosten für diejenigen Steuerpflichtigen nicht an, die ihre Steuerbescheide seinerzeit nicht angefochten haben – und das waren erfahrungsgemäß überwiegend Bezieher kleiner Einkommen –, obwohl sie bei der Investitionsabgabe für Bezieher höherer Einkommen nach der Verfassungsgerichtsentscheidung ohne zwingende rechtliche Verpflichtung aus Billigkeitsgründen eine unverzügliche Rückerstattung an ausnahmslos alle Steuerpflichtigen veranlaßt hat, auch an diejenigen, die weder unter Vorbehalt gezahlt noch Klage eingereicht hatten?
39. Abgeordneter
Vogel
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Wann liegt nach der Definition der Bundesregierung eine „unwesentliche“ Beteiligung eines Elternteils am Unterhalt eines Kindes vor, so daß entsprechend § 32 Abs. 6 EStG (vgl. Artikel 1 Nr. 8 Steuersenkungsgesetz) der andere Elternteil die Gewährung des vollen Kinderfreibetrages beantragen kann?
40. Abgeordneter
Vogel
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Argumenten rechtfertigt die Bundesregierung, bzw. was wird sie dagegen unternehmen, daß entsprechend dem Steuersenkungsgesetz ab 1. Januar 1986 für unterhaltszahlende Elternteile die kindbedingten Freibeträge um 1 242 DM auf 1 842 DM erhöht werden,

während für die Elternteile, in deren Haushalt das Kind lebt, die kindbedingten Freibeträge – wegen des Wegfalls der zusätzlichen Sonderausgabenhöchstbeträge – um 90 DM verringert werden?

41. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)

Welche Möglichkeiten sieht Bundeskanzler Dr. Kohl auf Grund seiner Kenntnisse, die rheinland-pfälzische Landesregierung bei der Aufarbeitung der finanziellen Misere der rheinland-pfälzischen Landesbank zu unterstützen?

42. Abgeordneter
Schily
(DIE GRÜNEN)

Welche Informationen kann der Bundeskanzler, insbesondere der rheinland-pfälzischen Landesregierung, über das Geschäftsgebahren der Deutschen Anlagen-Leasing GmbH (DAL) zur Verfügung stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

43. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)

Liegt der Bundesregierung inzwischen das Ergebnis der Überprüfungen vor, die in Verbindung mit dem Auftauchen von bundesdeutschen G 3-Gewehren in PLO-Basen angestellt worden sind (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Schwenninger und der Fraktion DIE GRÜNEN, Drucksache 10/1915, Frage 4)?

44. Abgeordneter
Volmer
(DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung bisher aus dem Auftauchen bundesdeutscher Waffen im Libanon-Krieg gezogen hinsichtlich der Genehmigung weiterer Rüstungs- und Waffenexporte bzw. des Exports von Fertigungsunterlagen und Maschinen zur Rüstungs- und Waffenproduktion?

45. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Kenntnis von den Begründungen, die von den Mineralölunternehmen zur Rechtfertigung der starken Preiserhöhung für Diesel-Kraftstoff in den vergangenen Wochen – weit über den Preis von Normalbenzin hinaus – angeführt werden, und wie beurteilt sie diese unter marktwirtschaftlichen, kartellrechtlichen sowie insbesondere umweltpolitischen Aspekten?

46. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang ihre Bemühungen um die – u. a. durch steuerliche Maßnahmen angestrebte – Ausweitung des Bestandes an schadstoffarmen Kraftfahrzeugen beeinträchtigt, und welche Möglichkeiten sieht sie, solchen Beeinträchtigungen gegebenenfalls entgegenzuwirken?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

47. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Welche Gründe bewegen die Bundesregierung, gegen die immer wieder erfolgten Holzimporte zu Billigpreisen aus der DDR und CSSR nicht einzuschreiten?
48. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Oberpfalz bereits Wiesengrundstücke zur Lagerung der Holzimporte gepachtet werden mußten und daß diese Importe die miserable Absatzlage der bayerischen Waldbesitzer noch verschlechtern, und was gedenkt sie dagegen zu tun?
49. Abgeordneter
Dr. Diederich (Berlin)
(SPD) Hält die Bundesregierung die Befürchtung, nachdem die Waldschadenserhebung 1985 für das Land Berlin die höchste prozentuale Zuwachsrate bei den Waldschäden der Schadstufen 1 bis 4 mit 23,7 v. H. und die zweithöchste Zuwachsrate der Schadstufen 2 bis 4 mit 5,6 v. H. im Vergleich zu den anderen Bundesländern aufweist, für berechtigt, daß durch die zusätzliche Schadstoffbelastung des unlängst in Betrieb gesetzten Kraftwerks Buschhaus sich diese Entwicklung zukünftig noch verstärken wird?
50. Abgeordneter
Funk (Gutenzell)
(CDU/CSU) Was kann die Bundesregierung gegen die Herstellung und den Vertrieb von Milchimitationsprodukten in der Bundesrepublik Deutschland unternehmen, um die Milcherzeuger vor diesem unzulässigen Wettbewerb zu schützen?
51. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Senat der Vereinigten Staaten von Amerika garantierte Getreidepreise bei entsprechender Flächenstilllegung für die amerikanischen Farmer beschlossen hat, die weit über dem sogenannten Weltmarktpreis liegen, und wie wirkt sich dieses auf die Konkurrenzsituation mit der Europäischen Gemeinschaft aus?
52. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Wie verhält sich die Kommission der Europäischen Gemeinschaft bei der Diskussion um die Mengenbegrenzung in der Getreideproduktion der Europäischen Gemeinschaft in bezug auf den Import von Getreidesubstituten und zukünftige GATT-Verhandlungen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

53. Abgeordneter
Dr. Freiherr von Spies
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß Bewohner des vom 1. Januar 1948 bis 31. Juli 1963 unter niederländischer Auftragsverwaltung stehenden Selfkant-Gebietes, wenn sie vorgezogenes Altersgeld beantragen, schwere Nachteile erleiden, weil sie bis zur

- Erfüllung der Voraussetzungen für eine Rente aus der niederländischen Sozialversicherung ihren Lebensunterhalt allein von der Rente bestreiten müssen, die sich aus ihrer Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland vor und nach dieser Auftragszeit errechnet?
54. Abgeordneter
Dr. Freiherr von Spies
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese nur vorübergehend wirksame, von den Betroffenen unverschuldete späte negative Folgewirkung der damaligen Trennung von der Bundesrepublik Deutschland auszugleichen, und wie wird die Bundesregierung diese Möglichkeit nutzen?
55. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die weit verbreitete Praxis, daß Anforderungen von Arbeitskräften, die öffentliche oder private Arbeitgeber der Arbeitsverwaltung zuleiten, häufig den Hinweis enthalten, der einzustellende Arbeitnehmer müsse den Wehr- bzw. Zivildienst abgeleistet haben?
56. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD)
- Was will die Bundesregierung tun, um die Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß diese Haltung ihnen zwar gewisse Unannehmlichkeiten erspart, im Ergebnis aber die Last der Verteidigung einseitig den Wehr- und Zivildienstpflichtigen auferlegt?
57. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wie werden gegenwärtig in der gesetzlichen Rentenversicherung Ausbildungszeiten als beitragslose Ausfallzeiten bewertet, und hält die Bundesregierung angesichts der langfristigen Struktur- und Finanzprobleme in der Rentenversicherung hier Änderungen für erforderlich?
58. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wie hoch ist nach Erkenntnissen der Bundesregierung die gesamte Beschäftigungswirkung für das Jahr 1985 zu veranschlagen, die durch arbeitsmarkt- und sozialpolitische Gesetze und durch tarifliche Vereinbarungen im einzelnen entstanden ist?
59. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung angeben, wieviel der zu Wehrübungen herangezogenen Wehrpflichtigen Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe beziehen, und sind ihr Erfahrungen darüber bekannt, ob und gegebenenfalls in welchem Ausmaß die Notwendigkeit, nach Beendigung einer, wenn auch nur kurzen Wehrübung, erneut Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe beantragen zu müssen, die Bereitschaft arbeitsloser Wehrpflichtiger zur Teilnahme an Wehrübungen negativ beeinflußt?

60. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU)
- Ist es nach Auffassung der Bundesregierung den Wehrpflichtigen zumutbar und auch unter dem Gesichtspunkt der Verwaltungsvereinfachung sinnvoll, daß selbst bei kurzen Wehrübungen der Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe erlischt, nach Beendigung der Wehrübung ein neuer Antrag gestellt werden muß und dabei nicht unerhebliche Verzögerungen durch die erneute Bearbeitung eintreten können, und gibt es bereits Überlegungen, diesen Zustand zu ändern, etwa durch eine der Leistungsfortzahlung im Krankheitsfalle ähnliche Regelung?
61. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung den § 116 AFG für novellierungsbedürftig, und warum ist sie nicht bereit, Grenz- und Streitfragen durch die Rechtsprechung klären zu lassen?
62. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den Appell des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu befolgen, einen Großversuch mit längeren Ladenöffnungszeiten zu ermöglichen?
63. Abgeordnete
**Frau
Matthäus-Maier**
(SPD)
- Wie viele Arbeitnehmerinnen fielen 1984 unter das Kündigungsverbot von § 9 Mutterschutzgesetz, und für wie viele galt § 9 a Mutterschutzgesetz?
64. Abgeordnete
**Frau
Matthäus-Maier**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die unterschiedlichen Kündigungsverbote in den §§ 9 und 9 a des Mutterschutzgesetzes?
65. Abgeordnete
**Frau
Weyel**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung ihre eigenen Verlautbarungen und politischen Maßnahmen zur Förderung der befristeten Arbeit und der Leiharbeit, wenn bereits das von einem Arbeitnehmer abgelehnte zeitlich befristete Arbeitsverhältnis ausreicht, um dem im Erziehungsurlaub befindlichen früheren Stelleninhaber zu kündigen?
66. Abgeordnete
**Frau
Dr. Timm**
(SPD)
- Wird nach Inkrafttreten des vorliegenden Entwurfs der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift der Kündigungsschutz gegenüber demjenigen während der gesetzlichen Schutzfristen eingeschränkt und weiter zurückgenommen, und wie will die Bundesregierung verhindern, daß das grundsätzliche Kündigungsverbot von § 9 Mutterschutzgesetz durch eine Allgemeine Verwaltungsvorschrift, wie sie jetzt im Entwurf vorliegt, aufgehoben wird?
67. Abgeordnete
**Frau
Odendahl**
(SPD)
- Wird es jetzt neuerdings Mode, daß die Bundesregierung bei sozialen Schutzgesetzen die Betriebsgröße unter Ausgrenzung der Teilzeitbeschäftigten definiert?

68. Abgeordnete
**Frau
Blunck**
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung bewogen, mit den in § 2 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift aufgeführten acht Ausnahmetatbeständen der Arbeitgeberseite einen breiten Raum zur Nichtanwendung des Kündigungsschutzes einzuräumen?
69. Abgeordnete
**Frau
Blunck**
(SPD)
- Wie viele Betriebsstillegungen sind in den letzten Jahren wegen des Mutterschaftsurlaubsgesetzes erfolgt, und zwar auf Grund unüberwindlicher personeller Schwierigkeiten und der damit verbundenen Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Existenz?
70. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny-Glotz**
(SPD)
- Was versteht die Bundesregierung konkret unter „Unbilliger Erschwernis“ der wirtschaftlichen Existenz eines Arbeitgebers, und an Hand welcher Kriterien soll diese gemessen und festgestellt werden?
71. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny-Glotz**
(SPD)
- In welchen Fällen ist darüber hinaus die wirtschaftliche Existenz des Arbeitgebers durch eine Arbeitsplatzgarantie unbillig erschwert, und wie soll diese Feststellung und gegebenenfalls durch wen exakt quantifiziert werden?
72. Abgeordnete
**Frau
Fuchs**
(Verl)
(SPD)
- In wie vielen Fällen pro Jahr – seit 1978 – sind mit Zustimmung der für den Arbeitsschutz zuständigen obersten Landesbehörden Kündigungen von Arbeitnehmerinnen nach § 9 Mutterschutzgesetz erfolgt, und in wie vielen Fällen wurden von den Behörden Anträge auf Kündigungen nach § 9 Mutterschutzgesetz abgelehnt?
73. Abgeordnete
**Frau
Fuchs**
(Verl)
(SPD)
- Welches waren die hauptsächlichsten Gründe, die eine zulässige Kündigung von Arbeitnehmerinnen vor oder während der gesetzlichen Schutzfristen ausgelöst haben?
74. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Welche Ergebnisse liegen der Bundesregierung bisher aus dem ABM-Projekt „Arbeit und Lernen“ für junge Arbeitslose vor?
75. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Wie viele junge Arbeitslose wurden bisher durch diese Maßnahme gefördert, und wie wirkt sich diese Förderung auf die Vermittlungschancen der Betroffenen aus?
76. Abgeordnete
**Frau
Schmidt**
(Nürnberg)
(SPD)
- Wie hoch waren insgesamt die durch die Bundesanstalt für Arbeit aufgewandten Mittel für Organisation, Programmierung, Personal für die Durchführung des Erziehungsgeldgesetzes, und wie viele Bundesländer werden die Abwicklung durch die Bundesanstalt wahrnehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

77. Abgeordneter
Stahl
(Kempfen)
(SPD)
- Wird sich die Bundesregierung und gegebenenfalls wann dafür verwenden, daß auch am Militärflughafen Brüggen/Elmpt, wie an Zivilflughäfen nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm vom 30. März 1971 üblich, Lärmschutzkommissionen mit Vertretern von vom Fluglärm betroffenen Städten und Gemeinden eingerichtet werden, damit von den Fluglärm betroffenen Anregungen und Vorschläge eingebracht werden können?
78. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die Ergebnisse der Fluglärmmessung durch die Hessische Landesanstalt für Umwelt zum Erbenheimer Flughafen bekannt, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Feststellung, daß die Fluglärmbelästigung von Erbenheim der des Rhein-Main-Flughafens Frankfurt entspricht?
79. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD)
- Wird die Bundesregierung diese Ergebnisse in ihre Verhandlungen mit den US-Streitkräften über die Hubschrauberstationierung in Erbenheim einführen, und wann liegt ein Ergebnis dieser Verhandlungen vor?
80. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Treffen Informationen der Illustrierten „stern“ zu, denen zufolge die Vereinigten Staaten von Amerika vorfristig alle 108 Pershing II-Mittelstreckenraketen in ihre Stellungen nach Baden-Württemberg gebracht haben, die eigentlich erst bis Ende Dezember eintreffen sollten?
81. Abgeordneter
Antretter
(SPD)
- Sind „gesicherte Hinweise“ der gleichen Publikation zutreffend, denen zufolge NATO-Oberbefehlshaber Rogers ein Gesuch an das US-Verteidigungsministerium gerichtet hat, zusätzliche Pershing II nach Westdeutschland zu schaffen, nämlich sogenannte Nachladeraketen für jene 108 Abschußrampen, die sich nach einem NATO-Beschluß auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland befinden?
82. Abgeordneter
Dr. Schierholz
(DIE GRÜNEN)
- Treffen Presseberichte zu (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 7. November 1985), daß die Bundesregierung das mit Frankreich früher erörterte Projekt eines gemeinsamen militärischen Aufklärungssatelliten nicht mehr weiterverfolgt, und welche Gründe sind dafür maßgebend?
83. Abgeordneter
Dr. Schierholz
(DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hat das Wehrbereichskommando IV am 26. Februar 1985 neue Schutzbereichseinzelanforderungen für die „Verteidigungsanlage Wüschheim“ (z. Z. Baustelle für die geplante Cruise-Missiles-Basis in der Bundesre-

- publik Deutschland) definiert, obwohl das Bundesministerium der Verteidigung Bürgern in den betroffenen Regionen dann am 19. April 1985 die Auskunft erteilt hat, eine Erweiterung des bestehenden Schutzbereichs sei nicht vorgesehen und die Schutzzonen des neuen Systems hätten im Gegenteil eine geringere Ausdehnung?
84. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die im Memorandum vom 21. November 1985 „Ziele und Aufgaben der Luftfahrtindustrie und Luftfahrtforschung“ dargelegte Auffassung des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) zum Thema Militärflugzeuge, daß auch die deutsche Luftfahrtindustrie in die Lage versetzt werden sollte, komplexe Waffensysteme allein zu entwickeln und die Federführung zu übernehmen, und hält die Bundesregierung die Forderung des BDLI nach erheblicher Aufstockung der Fördermittel auch insoweit für berechtigt?
85. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Hält die Bundesregierung den Plan des Verteidigungsministers Dr. Wörner für angemessen, zur Präsentation einer Schallplatte der bundeswehreigenen „Big Band“ die anwesende Prominenz durch fünf Hubschrauber des Typs Bell UH-1-D von der Hardthöhe zum Spielkasino Aachen und zurück fliegen zu lassen, und welche Kosten (Flugkosten, Wartung, Löhne etc.) entstehen dadurch für den Steuerzahler?
86. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des Bundesministeriums der Verteidigung, die Schallplatte der „Big Band“ sei gemäß der geltenden Vorschriften nicht dienstlich, sondern privat eingespielt worden, und nach welchen Kriterien erfolgt eine Abgrenzung auf die Frage, ob die bundeswehreigene Musikband auf wirtschaftlichem Gebiet tätig geworden ist?
87. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Treffen Pressemeldungen zu (RZ vom 28. November 1985), wonach dem Angebotsabgabetermin für den Neubau (I. Bauabschnitt) des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung Preisverhandlungen mit einem mitbietenden Baunternehmen entgegen den Vorschriften der VOB mit dem Ergebnis geführt wurden, daß das ursprünglich mindestbietende Unternehmen den Zuschlag nicht erhalten hat, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diesen Sachverhalt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

88. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit sind der Bundesregierung die Praktiken des LAB-Instituts in Ulm bekannt, in dem nach Angaben des Schriftstellers Günter Wallraff in seinem Buch „Ganz unten“ Menschenversu-

- che bzw. Medikamententests mit oft erheblichen gesundheitsschädlichen Folgen durchgeführt werden, wobei die Not der Arbeitslosigkeit, insbesondere bei ausländischen Mitbürgern, ausgenutzt wird?
89. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung in den Versuchen der LAB und der BIO-DESIGNE (Freiburg) bei diesen Menschenversuchen Verstöße gegen Grundrechte oder andere Vergehen gegen das Chemikaliengesetz und das Arzneimittelgesetz, und ist sie gegebenenfalls bereit und in der Lage, diese Verstöße zu ahnden?
90. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung seit dem Skandal im Sommer unternommen, um dafür Sorge zu tragen, daß bebrütete Eier zur Herstellung deutscher Teigwaren nicht mehr verwendet werden dürfen oder eine derartige Verwendung zumindest eindeutig deklariert sein muß?
91. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß ausländische Praktikanten auf Veranlassung der Bundesanstalt für Arbeit ohne ihr Wissen einem LAV/HTLV III-Antikörpertest unterzogen werden, und wie rechtfertigt sie das?
92. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Welche Schlußfolgerungen für die gesundheitliche Aufklärung gedenkt die Bundesregierung zu ziehen aus der Dokumentation „Zucker-Konsum und Mißbrauch“, erschienen bei der Süddeutschen Verlagsgesellschaft Ulm?
93. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung Notwendigkeit und Möglichkeit, statt der in den Richtlinien des Bundesgesundheitsamtes für die Blutalkoholbestimmung für forensische Zwecke 1966 bzw. 1977 genannten Untersuchungsverfahren neue Methoden einzuführen, um unrichtige Blutalkoholbestimmungen und daraus folgende Fehlurteile besser zu verhindern?
94. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung bewogen, im Bundeserziehungsgeldgesetz auf den absoluten Kündigungsschutz während des Erziehungsurlaubs zu verzichten?
95. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD)
- Entspricht der Kündigungsschutz des Mutterschutzgesetzes während der Schwangerschaft und der gesetzlichen Schutzfristen vor und nach der Geburt eines Kindes dem ab 1986 eingeschränkten Kündigungsschutz während des Erziehungsurlaubs?

96. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-Gmelin**
(SPD)
- Hat die jetzige Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit ihre Feststellung in der „Stimme der Familie“ vom März 1985 „ohne die jetzt beabsichtigte Arbeitsplatzgarantie bedeutet das Erziehungsgeld für viele Frauen keine Verbesserung ihrer schwierigen Situation“ auf die unbedingte Unkündbarkeit, wie sie damals rechtlich galt, bezogen oder bereits damals die Durchlöcherung des Kündigungsschutzes für junge Mütter, wie sie die jetzige Durchführungsverordnung vorsieht, in Kauf genommen?
97. Abgeordnete
**Frau
Dr. Timm**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung laut gewordene Befürchtungen, das Bundeserziehungsgeldgesetz in Verbindung mit dem jetzt den Resorts und Ländern zugeleiteten Entwurf einer Allgemeinen Verwaltungsvorschrift garantiere einer Mutter lediglich den häuslichen, jedoch weithin nicht mehr den betrieblichen Arbeitsplatz?
98. Abgeordnete
**Frau
Schmidt**
(Nürnberg)
(SPD)
- Wie hat die Bundesregierung, auch unter der Berücksichtigung von Datenschutzbelangen, ein unbürokratisches und bürger- und bürgerinnenfreundliches Verfahren für die einkommensabhängigen Kindergeld-, Zusatzkindergeld-, Erziehungsgeld- und/oder Erziehungsurlaubsberechtigten sichergestellt, und wie sieht dieses Verfahren aus?
99. Abgeordnete
**Frau
Weyel**
(SPD)
- In wie vielen Fällen werden nicht erwerbstätige Frauen durch das Bundeserziehungsgeldgesetz materielle Verbesserungen gegenüber dem geltenden Recht 1986 voraussichtlich zu erwarten haben, und wie viele erwerbstätige Frauen müssen arbeitsrechtliche Verschlechterungen beim Kündigungsschutz hinnehmen?
100. Abgeordnete
**Frau
Odendahl**
(SPD)
- Wie viele Frauen unter 40 Jahren sind in Klein- und Mittelbetrieben (mit bis zu zehn Vollzeitbeschäftigten, ohne Auszubildende und ohne Teilzeitbeschäftigte) beschäftigt, und wie viele dieser Frauen werden voraussichtlich 1986 Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

101. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß weiterhin fast täglich (wie am 8. November 1985 in Bremen) Fahrradfahrer sterben müssen, weil sie an Kreuzungen sich neben Lastkraftwagen aufhalten, und auf Grund der unzureichenden Spiegelsysteme sowie der nicht nach unten gezogenen Fenster in den Türen, von den Lastkraftwagenfahrern nicht gesehen werden können, wenn ja, teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die vorgesehene Einführung eines rechten

- Außenspiegels zur Überbrückung des toten Winkels bis ca. 1990, ohne Nachrüstungspflicht, nicht ausreicht, um die Zahl der tödlichen Unfälle zwischen Fahrradfahrern und rechtsabbiegenden Nutzfahrzeugen zu vermeiden?
102. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß die Deutsche Bundesbahn Bahnstrecken in strukturschwachen Räumen, z. B. im Zonenrandgebiet, u. a. deshalb stilllegt, weil durch jahrzehntelang unterlassene Investitionen heute ein höherer Investitionsbedarf besteht und bei Stilllegung der Strecken erhebliche Erlöse durch die Veräußerung der Bahngrundstücke vereinnahmt werden, die nicht dem strukturschwachen Raum zugute kommen?
103. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß die Erlöse aus der Veräußerung von Bundesbahngrundstücken, für die in der Regel weder von der Deutschen Bundesbahn noch ihrer Rechtsvorgängerin etwas zu bezahlen war, für Verkehrsmaßnahmen in dem Raum verwendet werden, in dem die jeweilige Streckenstilllegung vorgenommen wurde?
104. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen zur Erweiterung des Vorkaufsrechts der öffentlichen Hand zum Erwerb stillgelegter Bahntrassen zwecks Anlegung von Straßen, Radfahr- und Wanderwegen und öffentlichen Bedarfsflächen zu treffen?
105. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)
- Ist der Bundesminister für Verkehr bereit, sein Versprechen bei einer Veranstaltung vom März dieses Jahres im Saarland einzulösen, den Quotenanteil des Saarlandes für den Bundesstraßenbau über den Betrag von 1985 zu erhöhen?
106. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)
- Ist es richtig, daß die Finanzquote des Saarlandes für den Bundesstraßenbau 1985 bei 1,4 v. H. und nach der Planung für 1986 bei 1,1 v. H. liegt?
107. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die in der Presse vermuteten Unregelmäßigkeiten und die sich daraus möglicherweise ergebenden Zeitverzögerungen (RZ vom 27. November 1985) beim Ausschreibungsverfahren zum Bau einer dritten Moselbrücke in Koblenz, wo der Bund im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes die Kosten dieser Brücke mehrheitlich zu tragen hat, bestätigen, und wenn ja, wie beurteilt sie diesen Sachverhalt?

Bonn, den 29. November 1985

